

Solidarität

unsere Chance

Nummer 160

Dezember 2022

Informationen des Österreichischen Solidaritätskomitees / Plattform proSV
1070 Wien, Stiftgasse 8, Mail: oesolkom@gmx.at Web: www.prosv.at * www.prodemokratie.com

INHALT

AUVA:

Beitragssenkung trifft
Arbeiter und Angestellte



KV-Verhandlungen

Nur bei Streik mehr
Gehalt

Übergewinne:

Besteuerung ein Klacks.
Die Geldspeicher der
Konzerne bleiben gefüllt.

Ukraine:

Schlachtfeld für
Großmachtinteressen

Neutralität

Offener Brief und
Initiative

www.unsere-neutralität.at

Die Konkurrenz der Konzerne und ihrer Staaten
um Profite, Einflussgebiete und Rohstoffe
in West und Ost führt zu

Krise, Unterdrückung und Krieg



Gegen die Profiteure und Kriegstreiber ist
**Solidarität unsere Stärke,
Widerstand unsere Chance!**

AUVA: Neuerliche Senkung des Unternehmerbeitrages

Warum die Senkung des AUVA-Beitrags zu Lasten der Arbeitnehmer*innen geht

Versteckt in einem Antiteuerungspaket beschloss der Nationalrat Ende Juni 2022, dass der Unfallversicherungsbeitrag zur AUVA ab 1.1.2023 von 1,2% auf 1,1% gesenkt wird.

BUNDESGESETZBLATT FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 2022 Ausgegeben am 30. Juni 2022 Teil I

93. Bundesgesetz: Teuerungs-Entlastungspaket
(NR: GP XXVII IA 2662/A AB 1563 S. 165, BR: 10982 AB 10999 S. 942.)

93. Bundesgesetz, mit dem das Einkommensteuergesetz 1988, das Familienlastenausgleichsgesetz 1967, das Kommunalsteuergesetz 1993, das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz, das Bauern-Sozialversicherungsgesetz, das Nationale Emissionszertifikatehandelsgesetz 2022, das Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977, das COVID-19-Gesetz-Entwurf, das Pensionsgesetz 1965 und das Bundesbahn-Pensionsgesetz geändert werden sowie das Bundesgesetz über einen Ausgleich inflationsbedingt hoher Lebenshaltungs- und Wohnkosten (Lebenshaltungs- und Wohnkosten-Ausgleichs-Gesetz – LWA-G) und das Bundesgesetz über den Teuerungsausgleich für Bezieherinnen und Bezieher von Förderungen nach dem Studienförderungsgesetz erlassen werden (Teuerungs-Entlastungspaket)

Der Nationalrat hat beschlossen:

„Lohnnebenkostensenkung“ nennt man das und feiert es auf Arbeitgeberseite, weil ja niemand „Nebenkosten“ will. Doch was so schön klingt, ist für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gar nicht schön. Denn mit den Beiträgen zur AUVA finanziert diese Leistungen für Menschen, die bei der Arbeit einen Unfall oder eine Berufskrankheit erleiden. Und sie finanziert die Unfallkrankenhäuser. In Wien landen etwa 50% aller Unfälle in den Unfallkrankenhäusern der AUVA, Österreichweit behandelt die AUVA etwa 500.000 Menschen jährlich.

Massiver Eingriff

Zudem griff man mit dieser Beitragsenkung massiv in die Finanzierung des Gesundheitssystems ein, weil man Finanzierungen zwischen der AUVA und der ÖGK neu regelt. Ab 2023 fehlen daher sowohl der AUVA als auch der ÖGK – genauer gesagt natürlich deren Versicherten – jeweils jährlich ca. 70 Millionen Euro. Im Gegenzug erspart sich ein Unternehmen pro Mitarbeiter:in und Monat nur ca. 2,7 Euro! Interessanterweise senkte man keine Beiträge in der SVS, in der Selbständige und Bauern sozialversichert sind. Warum wohl? Hat man hier Angst, das Leistungsniveau könnte absinken?

Angenommen, die Beiträge würden nicht gesenkt – was könnten unsere

Sozialversicherungen damit alles machen?

Es wäre möglich, jene Leistungen zu erhöhen, die den Versicherten zu Gute kämen. Schon mal lange auf einen Facharzttermin gewartet? Mit den 70 Millionen wären viele Facharztstellen durch die ÖGK finanzierbar, freiwillige Leistungen oder die Gesundheitsvorsorge ausgebaut.

Glauben Sie mir: Die **ÖGK hätte gute Ideen**, das Geld für ihre Versicherten sinnvoll einzusetzen.

In der AUVA könnte die Prävention wieder ausgebaut werden.

Schadensfälle zu verhindern ist das höchste Ziel der Unfallversicherung, aber das braucht Geld. Genauso wurde etwa die Versorgung von schweren Brandverletzungen im UKH Linz eingespart. „Wenn kein Geld da ist, kann man gewisse Leistungen nicht erbringen“, hörten die Mitarbeiter*innen vom Management.

Im Bereich der Rehabilitation von Verunfallten oder Menschen mit Berufs-krankheiten könnten mehr Leistungen angeboten werden, was sich unmittelbar auf diese Menschen und besonders bei schwereren Fällen auch auf deren Angehörige positiv auswirken würde.

Durch Corona hat sich die Anzahl der Berufs-krankheiten in Österreich fast versiebenfacht. Auch in der beruflichen Rehabilitation ist Long-Covid ein Thema und hier fehlen Rehabilitationsplätze. Gleichzeitig reduziert die AUVA aber die Anzahl der Betten in den Rehabilitationszentren.

In wenigen Jahren wird sie sich auch

vom Weißen Hof verabschieden müssen, einem der renommiertesten Rehabilitationszentren Europas und diese hervorragende Einrichtung in Klosterneuburg an einen privaten Betreiber verkaufen müssen.

Ein Teil des Geldes könnte auch in die medizinische Forschung fließen. In den letzten 30 Jahren gab es enorme Fortschritte, was beispielsweise die Überlebensrate nach schweren Unfällen, innovative Behandlungsmethoden oder die Aufenthaltsdauer im Krankenhaus nach Unfällen betrifft.

Kaum jemand weiß, dass ein weltweit eingesetztes Medizinprodukt bei Kreuzbandverletzungen in den Operationssälen der AUVA entwickelt wurde.

140 Millionen Euro werden jährlich durch die Senkung des Unfallversicherungsbeitrags dem Gesundheitssystem entzogen. Fast fünf Millionen Versicherten in der AUVA und noch mehr Versicherten in der ÖGK wird das Geld fehlen.

Die Redaktion dankt Erik Lenz, Vorsitzender des Zentralbetriebsrates der AUVA, für diesen Beitrag.

*



-0,1% DUMM GELAUFEN

*AUVA-Mitarbeiter*innen machten auf die Beitragssenkung aufmerksam, indem sie beim Businessrum in Wien mit eigens angefertigten Laufshirts mit obiger Aufschrift dabei waren.*

11 % Teuerung und Übergewinne

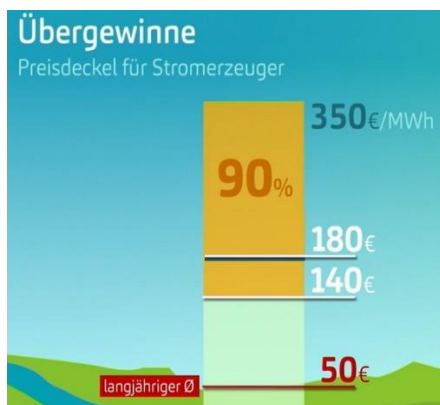
Groß hat die Regierung die Besteuerung von Übergewinnen beworben. Doch was ist dran?

Die Bevölkerung wird mit Einmalzahlungen abgespeist, die bei weitem die gestiegenen Energie-, Mietpreise usw. und die Inflation nicht abdecken. Oft machen die Preissteigerungen für Güter des täglichen Bedarfs bis zu 20% und 40% gegenüber dem Vorjahr aus!

Gleichzeitig werden Energiekonzerne, insbesondere Verbund, ebenso andere Strom- und Energielieferanten und ganz besonders die OMV geschont. Allein die OMV machte in den ersten drei Quartalen dieses Jahres doppelt so viel Gewinn wie im Vorjahr, nämlich 9 Mrd. Euro.

Die Aktionäre sind zufrieden

Nach der Vorstellung des Umfangs der Besteuerung der Übergewinne durch die Regierung sind aber die Aktien z.B. des Verbundes gestiegen! Die Aktionäre sind zufrieden, weil die Besteuerung viel niedriger als befürchtet ausgefallen ist und sie am Ende viel mehr als in den vergangenen Jahren an Dividenden einstreifen.



Grafik-Quelle: ORF 2, Eco, 24.11.2022
Alles über 140 €/MWh (wenn keine Investitionen in erneuerbare Energien erfolgen) bzw. über 180 €/MWh (wenn in erneuerbare Energien investiert wird) bis 350 €/MWh ist von der Übergewinn-Besteuerung von 90% erfasst. Klingt enorm, ist es aber nicht. Da der langjährige Schnitt der Strompreise bei 50 €/MWh liegt, werden die Übergewinne bis 140 bzw. 180 €/MWh nicht zusätzlich besteuert, bleiben also den Aktionären als Übergewinn.

Das gilt im Strombereich nicht nur für den Verbund, sondern auch für alle anderen privaten Stromlieferanten von den Kleinkraftwerken bis zu den Solar- und Windenergielieferanten, deren Preise ja schon jetzt von der Bevölkerung über die Ökostromabgabe viele Jahre gestützt wurden. Und jetzt, wo die Strompreise explodieren, haben sie die von der Masse der arbeitenden Menschen durch die „Ökostromabgabe“ bezahlte, für sie bislang supergünstige staatliche Preisregelung verlassen und verlangen von den Kund*innen auf einmal den horrenden, rein spekulativen Marktpreis.

Aber auch viele andere Energie-, Lebensmittel- und andere Lieferanten haben im Windschatten dieser Börsenspekulationen die Preise extrem angehoben.

Für den Öl- und Gaskonzern OMV gilt eine noch günstigere Regelung



Grafik-Quelle: ORF 2, Eco, 24.11.2022

Die Besteuerung der Übergewinne der Gas- und Ölkonzerne beginnt erst, wenn der aktuelle Gewinn den Durchschnittsgewinn der letzten 5 Jahre seit 2018 um 20% übersteigt – und das mit nur 33% wenn in erneuerbare Energien investiert wird bzw. mit nur 40% wenn nicht in erneuerbare Energien investiert wird. Weitere Einschränkung: Das gilt nur für die direkt aus der Produktion in Österreich erzielten Gewinne.

Bei der OMV sind überhaupt nur 5% des weltweiten OMV-Gewinns betroffen, weil zu dieser Besteuerung nur die Erträge aus der Produktion in Österreich herangezogen werden. Das zahlt die OMV aus der Portokassa.

Große Teile der Bevölkerung hingegen wissen nicht mehr wie sie ihre notwendigsten Kosten decken sollen.

KV-Verhandlungen

Bei den Kollektivvertragsverhandlungen schaute das „Angebot“ der Unternehmer so aus, dass sie im Schnitt rund 4% Gehaltserhöhung, die Einrechnung der bisherigen Einmalzahlungen der Regierung und auch selbst Einmalzahlungen statt mehr Gehaltserhöhung für die Beschäftigten vorschlugen. Eine mehrfache Frechheit:

- 4% „Angebot“ bei 11% Inflation
- Die Industrie wurde und wird wegen Corona und Energiekosten mit Milliarden gefördert. Die Übergewinne und Boni der Konzernherren, Bosse, Manager und Aktionäre bleiben real fast unangetastet.
- Wird die Industrie trotz Übergewinnen gefördert woll(t)en die Unternehmer die Corona- und

Energiehilfen der Regierung für die Bevölkerung bei den Lohn- und Gehaltserhöhungen abziehen und zum Teil oder ganz durch Einmalzahlungen ersetzen.

- Einmalzahlungen der Unternehmer sind für Arbeiter und Angestellte ein großes Verlustgeschäft.

So extrem ist die Wirkung von Einmalzahlungen:

„Eine Bahnangestellte, die 2.000 Euro verdient und 1.000 Euro Einmalzahlung akzeptiert, verliert aufs Leben gerechnet über 40.000 Euro.“ (Barbara Blaha, Momentum Institut, anlässlich des Eisenbahner-Warnstreik, ZIB2, 29.11.2022)

Protest und Streiks

Kein Wunder, dass in einigen Branchen warngestreikt wurde oder Streiks angekündigt wurden. Die Teuerung ist offiziell bei 11%. Die reale Teuerung ist wie gesagt viel höher.

Fortsetzung nächste Seite

Was treibt die Preise?

Nicht Lohn- und Gehaltsforderungen treiben die Preise („Lohn-Preis-Spirale“) wie Konzerne, „Wirtschaftsforscher“, Regierung und Medien Stimmung machen. In Wirklichkeit treiben Spekulation und Profitmacherei („Übergewinne“) die Inflation und damit die Preise an – also eine Gewinn-Preis-Spirale. Die Profite der Unternehmer will die Regierung keinesfalls bekämpfen.

Verlangt – und zu wenig bekommen

Die Gewerkschaften haben zwischen 7% und 15% mehr Lohn/Gehalt verlangt. Herausgekommen sind im Schnitt zwischen 7% und 10%. Das ist ein realer Kaufkraftverlust, betrachtet man die Inflation!

Mehr Lohn- und Gehaltserhöhungen wären möglich gewesen, denn die Unternehmer sind auf die arbeitenden Menschen angewiesen. Trotz zunehmendem Arbeitskräftemangel, wollen die Chefs und Manager so wenig wie möglich bezahlen und

treiben die Arbeitsverdichtung weiter.

Falscher Glaube

Die Gewerkschaftsspitzen lassen sich von der „Sozialpartnerschaft“ einlullen und verlangen nur ein Plus zur sogenannten „rollierenden“ offiziellen Inflationsrate der letzten 12 Monate gerechnet ab KV-Verhandlungsbeginn – zum Schaden der arbeitenden Menschen. Denn nächstes Jahr werden die Konzerne noch weniger als heuer hergeben wollen und noch mehr mit dem Wirtschaftskollaps drohen.

Der Staat schenkt uns nichts

Außerdem: Was die Regierung aus dem Budget den Konzernen und Großbauern an Corona-Förderungen und jetzt Energiekostenzuschüsse in Milliardenhöhe auszahlt(e), und die Einmalzahlungen die die Regierung gnadenhalber für die Bevölkerung hergibt und sich dafür ständig selbst lobt, all das haben nicht die Unternehmer, Manager und Bosse, sondern die Beschäftigten in den

Betrieben erarbeitet und über ihre Steuerzahlungen, die zu 80% und mehr ins Budget wandern, via Budget den Firmen und sich selbst bezahlt!

Streiks – schlecht für die Allgemeinheit?

Kaum gibt es Warnstreiks, heißt es gleich von Unternehmerseite und ihren Medien, dass die Allgemeinheit darunter leide. Doch von Protest und Streiks haben auch die jeweils nicht unmittelbar Betroffenen einen Vorteil für ihr Einkommen. Denn durch die erzeugte Beispiels- und Sogwirkung, um die Beschäftigten im Betrieb zu halten, kommt es auch in anderen Branchen zu höheren Abschlüssen.

Von „Sozialpartnerschaft“ halten die Bosse schon lange nichts mehr, sie dient den Unternehmern nur als eine Beruhigungsspielle für die SPÖ-, ÖGB- und AK-Oberen. Wirklicher Protest und Streiks sind immer nötiger, um tatsächlich Verbesserungen zu erreichen.

*

16 Milliarden für das Bundesheer – wofür?

Während für die Linderung der Inflation seitens der Regierung angeblich die Einmalzahlungen ausreichen sollen, bekommt das Bundesheer jetzt jährlich mehr und mehr Milliarden, allein bis 2026 in Summe 16 Milliarden Euro.

Wofür? Nicht für die Neutralität Österreichs, sondern zur Einbindung Österreichs in die EU-NATO-Kriegssaufrüstung. So will Verteidigungsministerin Klaudia Tanner unter anderem beim von Deutschland geplanten und geführten NATO-Luftabwehrsystem für EU-NATO-Staaten mitmachen. Deutschland, so Tanner stolz, hat Österreich dazu eingeladen. Die Teilnahme daran würde auch Österreich schützen, so Tanner. Sie wolle auch schauen, dass das irgendwie auch ein EU-Projekt wird, weil dann – so behauptet sie – dies für Österreich als EU-Mitglied mit der Neutralität vereinbar wäre. Ist es nicht! Da irrt Frau Kriegsministerin Tanner gewaltig. Das ist neutralitätswidrig und gefährlich. Tanner und Co wollen uns das einreden. Doch nicht die Nichtteilnahme daran gefährdet unser Land, sondern genau das, die

Teilnahme daran. Genau das würde Österreich erst in Konflikte hineinziehen und unser Land zu einem möglichen Angriffsziel machen!

*

Bei Löhnen, Pensionen, Bildung, Gesundheit, Pflege, wird eingespart und gekürzt. Für Aufrüstung und Krieg ist Geld in Hülle und Fülle da. Der Sozialstaat wird ausgehungert.

Die Armut steigt erschreckend. Jede/r fünfte Österreicher*in fragt sich bereits ob er er/sie essen oder doch heizen soll, so eine jüngste Statistik-Austria Erhebung. Deshalb gehen zurecht immer mehr Menschen auf die Straße oder streiken.

**Löhne rauf, Preise runter,
Vermögen und Profite dauerhaft
und höher besteuern! Nein zum
Krieg, Ja zur Neutralität,
Waffenstillstand sofort!**

Wofür das Bundesheer Führungspersonal ausbildet

Der Bevölkerung und dem „Schützen A“ wird weisgemacht, dass es um die Verteidigung der Neutralität Österreichs geht. Die Wirklichkeit ist ganz anders wie das Beispiel des Jagdkommandos zeigt. Einem Berufsheer im Bundesheer gleich, werden dort Elite-Soldaten ausgebildet. Über die jüngste Ausmusterung berichtete die „Krone“ am 8. 12. 2022 offenherzig worum es wirklich geht: „Sie (die Anwärter, die Red.) werden jetzt in den nächsten Monaten und Jahren das Jagdkommando ... in zahlreichen internationalen Einsätzen vertreten und ihr Können unter Beweis stellen“. Die neuen Elitesoldaten werden völlig entmenschlicht als „Waffen“ der Streitkräfte bezeichnet. Nix haben die Führungskader des Bundesheeres bis hinauf zu Ministerium und Regierung mit der Neutralität am Hut, sondern mit „internationalen Einsätzen“ – eben für EU- oder NATO-Kommandos.

Ukraine

Schlachtfeld für Großmachtinteressen – Atomkrieg nicht ausgeschlossen

Wir lehnen den völkerrechtswidrigen Krieg Russlands entschieden ab. Wir sind aber nicht auf einem Auge blind und sehen auch die Ursachen und Folgen des Krieges, die wir schon in mehreren Artikeln in unserer Zeitung dieses Jahr veröffentlicht haben und dort auch nachzulesen sind (1). Wir treten für einen sofortigen Waffenstillstand und für Friedensverhandlungen ein.

Verfolgt man die aktuelle Entwicklung, so sieht man aber eine steigende Eskalation der Situation. Zuletzt sagte NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg er sei „besorgt über eine Ausweitung des Krieges in der Ukraine. Die Kämpfe könnten außer Kontrolle geraten und zu einem Krieg zwischen Russland und der Nato werden“ (zit. nach Kurier, 9.12.2022).

Drohende Ausweitung des Krieges

Doch wodurch wird der Krieg ausgeweitet? Nach den Meldungen aller Agenturen ist Russland in der Defensive. Aber USA, Großbritannien oder die EU-NATO-Staaten liefern mehr und mehr Waffen in die Ukraine. Dabei geben sich USA, NATO und EU als Friedensfreunde nach dem Motto „Waffen für den Frieden“. Damit treiben sie die Ausweitung von Kriegshandlungen voran, die auch Ukraine-Präsident Selsenskij zu seinem politischen Machterhalt braucht. Er verlangt daher noch mehr Waffen, NATO hinein in die Ukraine, Atombewaffnung der Ukraine und sogar einen Atomwaffen-Erstschlag gegen Russland.

Offiziell führt Russland keinen Krieg, sondern eine „militärische Spezialoperation“ und offiziell führen die USA/NATO keinen Krieg in der Ukraine gegen Russland. Die Kriegsdrecksarbeit, das Sterben, überlassen USA/NATO/EU dem ukrainische Volk, das Präsident Selenskij dazu vergattert. USA/NATO/EU liefern ja „nur“ Waffen „für den Frieden“.

Ein ähnlich übles Spiel mit verteilten Rollen hat man kurz nach dem Einschlag der Rakete in Polen gesehen. So hat US-Präsident Biden auf Bali beim Treffen der G20 sofort den "Friedenstifter" gegeben, die westlichen Politiker um sich geschart und laut Medien "das Ärgste" verhindert, indem er sagte, dass die Rakete keine russische sei (was stimmte), während Polens Regierung und Ukraine-Präsident Selenskij weiter auf den russischen Raketeneingriff auf das NATO-Land Polen bestanden, was den Eintritt der NATO in den Krieg bedeuten hätte können (nach der NATO-Beistandsklausel).

Selenskij, der vor allem USA-NATO-abhängig bzw. -gesteuert ist, soll zugleich deutsche bzw. EU-Bestrebungen, in der Ukraine eine Rolle zu spielen, verhindern. Dazu passt die Kritik Selenskij an dem von Deutschland/EU geförderten Kiewer Bürgermeister Vitali Klitschko. Der Konflikt USA/Deutschland/EU war spätestens seit 2014 offen sichtbar, als die US-Politikerin Nuland mit "fuck the EU" den US-Führungsanspruch in der Ukraine nach dem US-getragenen Maidan-Putsch erhob. Wohl nicht zufällig war danach ein erheblicher Teil der Poroschenko-Regierung bzw. Verwaltung mit eingebürgerten u.a. US-Bürgern bzw. US-geförderten Politikern gespickt oder der Sohn des jetzigen US-Präsidenten und damaligen unter Obama amtierenden US-Außenministers, Biden, Chef eines Ukraine-Gas-Konzerns, usw. usf.

Gleichzeitig wurde der von Deutschland favorisierte Klitschko zum Bürgermeister von Kiew gemacht.

Nicht nur die USA, auch die EU/Deutschland sowie der restliche Westen und nicht zuletzt Österreichs Wirtschaft beutet(e)n die Ukraine seit 30 Jahren aus – bis hin zu Atomstrom-Importen aus den AKWs in Saporischija.

Die USA wollen Russland erobern, zurückdrängen oder seine Kräfte

binden. Russland hat die Wirtschaftskraft von Spanien, $\frac{1}{15}$ des Rüstungsbudgets der USA, aber Rohstoffe, die das westliche Kapital den östlichen Oligarcho-Kapitalisten entreißen will. Ohne Atombombenbesitz wäre der kleinere Räuber Russland schon vom übergroß-mächtigen Räuber USA/NATO mit EU/Westen im Schlepptau einkassiert, d.h. erobert worden.

Das Ziel der USA ist nach wie vor gemäß gültiger „Breszinski-Doktrin“, den eurasischen Kontinent zu unterwerfen, also (letztlich) auch China. Dabei kommt laut Breszinski (früherer Sicherheitsberater mehrerer US-Präsidenten), der Ukraine als „Bauch Russlands“ für die Eroberung Russlands entscheidende Bedeutung zu (2). Dazu haben die USA frei nach der Doktrin des 1. NATO-Generalsekretärs (Lord Hastings Ismay, 1952 – 1957) aus dem „Kalten Krieg“ den Plan, in Europa „Russland draußen, die USA drinnen und Deutschland unten zu halten“ (Keep the Soviet Union out, the Americans in, and the Germans down (3)).

Vom Gasstreit zum Gaskrieg

Das zeigt auch der schon zwei Jahrzehnte andauernde „Gasstreit“. Die Gasabhängigkeit Europas von Russland war für die europäischen Wirtschaften nicht ein Problem, sondern ein profitables Geschäft: fixe Preise, sichere Lieferung. Und vor allem für Deutschland mit den Nord Stream Pipelines als Gasverteiler in Europa auch ein strategisches Projekt. Es ist also kein Zufall, dass sofort nach dem Beginn des Krieges Russlands gegen die Ukraine, von den USA von Deutschland der Stopp der Inbetriebnahme der fertiggestellten Gaspipeline Nord Stream 2 gefordert wurde. Nicht Russland hat den - zugeordnet, sondern Deutschland auf Druck der USA. Diese haben schon im Februar 2022 dem deutschen Kanzler Scholz angekündigt, dass sie Nord Stream 2 letztendlich verhin-

dern können (ABC-News 7. 2. 22). Ende September gab es dann Anschläge auf die fertige Nord Stream 2 Leitung. Ein Schelm, der dabei Böses denkt.

Der „US-Gaskrieg“ soll vor allem Deutschland treffen und trifft ganz Europa. Deutschland wiederum heult einerseits mit den US-Wölfen. Andererseits betreibt Deutschland im Rahmen der EU-Kriegshetze selbst Aufrüstung und rüstet im Windschatten des Ukraine-Krieges auf wie noch nie. So gibt es ein 100 Milliarden Euro teures Bundeswehr-Sonderbudget und will Deutschland auf der Weltbühne (vorerst im Rahmen der EU mit von der Leyen als Vehikel) wieder eine tragende Rolle spielen.

Der „US-Gaskrieg“ schwächt Russland und nützt US-Gaslieferanten. Bei der Gasabhängigkeit kommt Europa vom Regen in die Traufe.

Vor allem aber nützen die USA den Krieg und die vorgeblich atlantische „Partnerschaft“ dazu,

- a) ihren Einfluss in Europa militärisch (den es schon über NATO und Atomwaffenstützpunkte mit US-Atomwaffen in mehreren Ländern Europas gibt) noch mehr zu zementieren,
- b) die EU selbst zu schwächen – was mit dem BREXIT schon durch Trumps Unterstützung gelang und Großbritannien wieder zum „US-Flugzeugträger“ in Europa machte – und jetzt z.B. über die NATO-Ost- und Nord-Erweiterung, Bevorzugung von zwischenstaatlichen Verträgen mit einzelnen, vor allem osteuropäischen EU/NATO-Ländern, die EU weiter zu spalten
- c) im Bereich Produktion und Handel werden die europäischen Wirtschaften von den USA unter Druck gesetzt. Einerseits soll der EU-Markt für US-Produkte noch mehr geöffnet werden, z.B. durch das Wiederaufleben der Verhandlungen für den TTIP-Freihandelsvertrag mit den USA, was Deutschland anstrebt. Andererseits wollen die USA durch Verhinderung von Importen aus EU-Ländern in die USA, z.B.

durch das sog. US-„Inflationsbekämpfungsgesetz“, das 430 Milliarden US-Dollar an Subventionen und Steuergutschriften daran knüpft, dass Unternehmen US-Produkte verwenden oder in den USA produzieren, ihre Weltvorherrschaft absichern. Deshalb sprach Frankreichs Präsident Macron bei Biden vor – ohne Erfolg.

Das heißt, die USA wollen Freihandel für ihre Produkte, Beschränkungen für alle anderen. Echt atlantisch „partnerschaftlich“ eben. TTIP und US-Inflationsgesetz sind beispielsweise, sozusagen die „wirtschaftliche NATO“ der USA. Womit gleich gesagt ist, wem auch die NATO in Wirklichkeit dient.

„Waffen für den Frieden“ heißt in Wirklichkeit: Frieren und zahlen für den Krieg!

Das spielt sich gerade auf dem Rücken der sterbenden vor allem der ukrainischen Soldaten und Bevölkerung und der russischen Soldaten und Bevölkerung ab. Mindestens 100.000 Soldaten sind auf ukrainischer und ebenso mindestens 100.000 Soldaten auf russischer Seite in diesem Krieg bereits getötet worden. Das hört man kaum. Fast könnte man glauben ein Krieg ohne Tote. In der Propaganda sterben immer „nur“ Zivilisten, „bestenfalls“ russische Soldaten. Der Rest ist „siegende Ukrainer“ – und Schweigen.

Russland führt Krieg und die USA bauen im Zuge des Krieges über die NATO ihren strategischen Einfluss aus. Das USA-Kapital liefert tödende Waffen, verdient am Sterben fremder Völker und fordert von den NATO-Verbündeten selbiges zu tun.

Die Bevölkerung Europas zahlt für diesen Stellvertreterkrieg zwischen vor allem der Supermacht USA im Verein mit NATO und EU und der Großmacht Russland in der Ukraine mit extrem steigenden Energiepreisen durch das Börsendiktat der westlichen Konzerne, mit steigenden Lebenshaltungskosten durch Inflation, durch die Profite der Kriegs- und Krisen(über)gewinnler.

Die Bevölkerungen der Dritten Welt zahlen durch die in Folge des Krieges

verhinderten Getreideexporte mit Hunger. Wobei viele der Länder der 3. Welt Jahrzehnte hindurch von den Konzernen von deren Importen abhängig gemacht wurden, indem die Fähigkeit zur Eigenerzeugung und Selbstversorgung dieser Länder systematisch zerstört wurde.

"Frieren für den Frieden" heißt es in der Propaganda bei uns. Doch in Wirklichkeit sollen wir frieren und zahlen für den Krieg, fürs Morden und die Profite der Konzerne. Das sind die „Werte“ für die dort Krieg geführt wird, nicht für Gerechtigkeit, soziale Gleichheit oder Frieden.

Rettenungsanker EU?

Die EU selbst wiederum ist keine Friedensunion, sondern mehr denn je auf dem Weg zur Kriegsunion, schon lange und jetzt befeuert durch den Ukraine-Krieg. Die EU ist kein Garant für Frieden und sozialen Fortschritt. Sie ist ein Apparat von wirtschaftlichen Lobbys, die EU-Wahl eine Farce, nachdem z.B. die Nicht-Kandidatin von der Leyen dann von den Polit-, Militär- und Wirtschaftseliten zur Präsidentin der EU-Kommission gemacht wurde.

Die EU ist das Vehikel Deutschlands und Frankreichs, wobei Deutschland den Ton angibt und Frankreich wirtschaftlich das Beiwagerl spielen darf, weil es als einzige EU-Macht Atomwaffen hat.

Was heißt für uns in Österreich? EU, NATO oder Deutschland, unter die sich unsere Eliten gerne unterordnen, bieten weder wirtschaftlichen noch militärischen Schutz. Im Gegenteil. Das heißt Wiedererlangung der wirtschaftlichen und politischen Selbständigkeit durch neuerlichen Auf- und Ausbau der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu und mit möglichst vielen Ländern der Welt ist gerade mit Hilfe der verfassungsgemäß verankerten immerwährenden Neutralität Österreichs (noch) möglich und ein Gebot der Stunde.

Wenn so weiter getan wird wie bisher und besonders zuletzt, verliert Österreich jede Bedeutung und Wertschätzung im positiven Sinne in der Welt, isoliert sich und macht sich von vermeintlich gut meinenden größeren

Ländern wie Deutschland oder Großmächten noch mehr abhängig. Im Ernstfall heißt das wie zum Teil in diesem Beitrag gezeigt wurde, dass jedem Staat das Hemd näher als der Rock ist. Österreichs Herrschende mit ihrer Anbiederungspolitik, mit der historisch fatalen Anschluss-sucht des politischen und wirtschaftlichen Führungspersonals, wird dann niemandes Freund sein, sondern zwischen allen Stühlen sitzen. Als „Ausweg“ spukt bei so manchen Eliten verschiedenster Parteifarben schon wieder als „Rettung“ das Mitmachen und letztlich Mitmarschieren bei einem „großen Bruder“ im Kopf und zum Teil schon in Taten herum. Die einen meinen, die NATO sei der Ausweg, die anderen die EU, die dritten hoffen wieder einmal auf Deutschland, ein paar auf Russland.

Doch das alles ist nicht gut für uns arbeitenden Menschen. Die Reichen und Schönen werden es sich dabei richten, die Lasten und Opfer so einer Politik wie schon jetzt in der Krise und noch mehr in Kriegen, soll die Masse der Bevölkerung tragen, wenn wir uns nicht dagegen organisieren und wehren.

Wie verhindern, dass Österreich zum Schlachtfeld wird?

Indem man nie und nimmer sich auf die Seite einer Großmacht- oder eines Militärblocks stellt, weder „vorbeugend“ („präventiv“) und schon gar nicht im Kriegsfall. Und wir haben jetzt wieder Krieg in Europa, in der Ukraine. Umso mehr heißt das für uns in Österreich, sich auf keinerlei Seite zu schlagen, weder an die Seite der USA, noch an die Seite Russlands, der Ukraine, Deutschlands, Frankreichs, Chinas usw. Bei keiner Großmacht und keinem Militärbündnis mitmachen, sondern die in der Verfassung verankerte immerwährende Neutralität aktiv umsetzen.

Genau das war die Lehre Österreichs aus zwei Weltkriegen: Nie wieder mitmarschieren, Erklärung der immerwährenden Neutralität nach dem Vorbild der Schweiz.

Alles andere macht uns zum Angriffsziel. Von Österreich geht keine Kriegsgefahr aus, Österreich bedroht niemanden und wird daher,

wenn es die Neutralität wirklich lebt, von niemanden bedroht.

Ein neutrales Österreich ist kein Trittbrettfahrer

Österreich braucht die NATO und die EU-Militarisierung nicht. Die NATO und die EU-Militärs brauchen und wollen daher Österreich für ihre militärstrategischen und Kriegspläne, v.a. gegen Osten, gegen Russland.

Die USA/NATO/EU brauchen Österreich nicht schützen, nicht verteidigen, solange sie sich Österreich nicht einverleiben und Österreichs Wirtschaft, Militärs und Politik sich nicht vor den Kriegs-Karren spannen und so einverleiben lassen.



Wenn Österreich hingegen, z.B. im Rahmen von EU-PESCO (= strategische Militär- und Aufrüstungsplanung der EU) und den von anderen EU-Staaten, allen voran Deutschland, in Konkurrenz zur USA jetzt noch mehr gepushten EU-Aufrüstungs- und Kriegsprogrammen, der NATO-EU-Luftabwehr gegen Osten usw. mitmacht, zieht uns das direkt in eine Kriegsteilnahme hinein.

Das ist gegen die immerwährende Neutralität Österreichs, gegen die Bevölkerung gerichtet, die 90% der Österreicher*innen wollen.

Politische, wirtschaftliche und militärische Neutralitätspolitik heißt auch, sich nicht noch mehr an Deutschland oder internationale Konzerne auf Gedeih und Verderb zu binden.

- Es darf nicht sein, dass z.B. einer der größten Erdgasspeicher Europas in Österreich steht, aber nur für Deutschland zur Verfügung

steht, es nicht einmal eine Leitung ins österreichische Netz gab.

- Es darf nicht sein, dass die Regierung, der Staat, nicht einmal weiß, wieviel Gas in Speichern vorhanden ist und wem diese gehören.
- Es darf nicht sein, dass die OMV keinen Versorgungsauftrag hat.

Man 50 Jahre Zeit gehabt, die Energieimporte so zu verteilen, dass Österreich nicht von einem Lieferanten abhängig ist. Das hat die Wirtschaft ob des günstigen Gaspreises verhindert.

Zudem wurden wesentliche Bereiche der Daseinsvorsorge wie Strom-, Gas- und Ölversorgung teilprivatisiert (Verbund 49% privat) oder mehrheitlich privatisiert (OMV 69% privat).

Das anzugehen und zu ändern ist die Aufgabe und Herausforderung.

Schluss mit dem Krieg – Waffenstillstand sofort.

Für eine neutrale Ukraine.

Für ein immer-während neutrales, unabhängiges, demokratisches Österreich.

Das ist der beste Schutz und trägt zu Sicherheit und Frieden bei.

-
- (1) Siehe Artikel: „Von langer Hand geplant“, ÖSK-Zeitung Nr. 158, bzw. mehr unter: www.prosv.at/zeitungen/ ebenso: www.unsereneutralitaet.at oder www.atomgegner.at
 - (2) https://de.wikipedia.org/wiki/Die_einzige_Weltmacht:_Amerikas_Strategie_der_Vorherrschaft
 - (3) Siehe NATO-Homepage: https://www.nato.int/cps/en/natohq/declassified_137930.htm

Unsere Neutralität unsere Sicherheit

www.unsere-neutralitaet.at

Im August haben wir mit einem offenen Brief die Initiative „Unsere Neutralität – unsere Sicherheit“ mit ins Leben gerufen.

Seither fanden etliche Aktivitäten statt: Vorstellung der Initiative des offenen Briefes bei einer Pressekonferenz am 14. September in Wien. Erstes Treffen von Unterzeichner*innen am 20. Oktober, Auftreten am Nationalfeiertag den 26. Oktober mit Verteilung von 2.500 Flugblättern in Wien vor dem Eingang zum Heldenplatz (Soldatenangelobung) mit Infostand, Diskussionen und weiterer Unterschriftensammlung. Online-Unterstützer*innen-Treffen am 15. November.

Weiters wurde bei Veranstaltungen der offenen Brief von verschiedenen Aktivist*innen verteilt, so bei der GPA, bei Betriebsrät*innen-Konferenzen in Wien und beim Bund, im Kreisky-Forum, im Renner-Institut, in der AK-Bibliothek, im BSA, auf der Uni Wien und der WU oder bei einer Friedenstagung in Graz. Wir verteilten bei der Demonstration gegen Sozialabbau, bei der Klima-Demonstration, beim Schmetterling-Revival und beim Konstantin Wecker-Konzert.

Sowohl bei unseren öffentlichen Auftritten mit dem offenen Brief, mit Flugblättern bzw. mit Stand, überall zeigte sich ein ähnliches Bild: Die große Mehrheit ist für die Beibehaltung der Neutralität und gegen die Kriegshetze. Die Regierung hingegen betreibt Kriegshetze, macht bei Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen mit und will uns vormachen, dass sei alles mit der Neutralität vereinbar. Auch die sozialdemokratische Führung bzw. die Gewerkschaftsführung treten nicht nur nicht für die Neutralität ein, im Gegenteil sie billigen bzw. dulden Neutralitätsverletzungen, die Teilnahme Österreichs an Militärübungen im Rahmen der EU, NATO, an Aufrüstung bzw. Mitfinanzierung der Rüstungskosten aus unseren Steuern.

Der offene Brief, die Liste der Erstunterzeichner*innen und weitere Infos finden sich unter:

www.unsere-neutralitaet.at

Bitte selbst unterstützen und weiterverbreiten.

Unsere Neutralität unsere Sicherheit

www.unsere-neutralitaet.at

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wir danken für die Zusendungen und Spenden auf die wir in Sinne unserer gemeinsamen Arbeit auch in Zukunft angewiesen sind.

Von keiner Firma, Partei oder Gewerkschaftsfraktion abhängig, erledigen wir unsere Arbeit nur aus den Beiträgen und Spenden unserer Leser*innen und Aktivist*innen. Wer unsere Auffassungen teilt, die/den laden wir herzlichst zur aktiven Mitarbeit ein.

*

**Wir wünschen
allen unseren Leser*innen,
Spender*innen und Aktivist*innen
erholsame Feiertage
und alles Gute für 2023!**

*Mit kollegialen Grüßen,
das ÖSK-Team*

Spenden-Konto

Einzahlungen mit beiliegendem Zahlschein
oder per Überweisung

Empfänger*in: ÖSK / **Verwendung:** Spende

IBAN: AT85 6000 0101 1022 7626

BIC: BAWAATWW

Wer ist das Österreichische Solidaritätskomitee?

Wir sind ein Forum von Kolleg*innen, die wieder mehr sozialistische Grundsätze und Denkweise in ihrer gewerkschaftlichen Arbeit für die Rechte der arbeitenden Menschen als ihre Richtschnur sehen. Das ÖSK erhält sich ausschließlich aus den Spenden seiner Leser- und Aktivist*innen. Mehr über uns auf: www.prosv.at

Impressum: Medieninhaber, Druck und Redaktion:
„Österreichisches Solidaritätskomitee – Verein zur
Unterstützung der arbeitenden Menschen“, Stiftgasse 8 1070
Wien. ZVR 188951949
